

Niederschrift

über die in der 30. Sitzung des Kreistages
am 26.09.2019 im Maywaldsaal des Kreishauses in Kleve gefassten Beschlüsse
- öffentliche Sitzung -

Beginn der öffentlichen Sitzung	: 17:00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung	: 18:37 Uhr
Beginn der nichtöffentlichen Sitzung	: 18:37 Uhr
Ende der nichtöffentlichen Sitzung	: 19:15 Uhr

anwesend sind

Angenendt, Brigitte	Kleve
Croonenbroek, Hubertina	Kerken
Draack, Franz-Josef	Wachtendonk
Düllings, Paul	Issum
Elverfeldt von, Max	Weeze
Erkens, Hans-Willi	Geldern
Fenger, Andre	Rees
Giesen, Heinz	Geldern
Heinzel, Freddy	Emmerich am Rhein
Hendriks, Ludger	Goch
Hohl, Peter	Kevelaer
Kerkenhoff, David	Kalkar
Kersten, Gertrud	Kranenburg
Dr. Kriebber, Klaus	Emmerich am Rhein
Klinkhammer, Robert	Rees
Koppers, Josef	Goch
Mailänder, Josef	Straelen
Mulder, Andy	Kleve
Natrop, Mathias	Kranenburg
Palmen, Manfred	Kleve
Papen, Hans-Hugo	Rheurdt
Poell, Peter	Goch
Schmidt, Gabriele	Kleve
Selders, Hannes	Kevelaer
Stevens, Agnes	Uedem
Ulrich, Ulrike	Emmerich am Rhein
Winkels, Lothar	Bedburg-Hau
Wolters, Stephan	Geldern
Brandt, Klaus	Bedburg-Hau
Derstappen, Gertrud	Wachtendonk
Eicker, Sigrid	Geldern
Engler, Gerd	Goch
Franken, Jürgen	Kranenburg
Friedmann, Peter	Rees
Helbing, Peter	Kerken
Kreutzmann, Andrea	Geldern
Rupp, Thorsten	Emmerich am Rhein

Sander, Helma		Kalkar
Trenckmann, Bettina		Goch
Vopersal, Jörg		Kevelaer
Wucherpfennig, Brigitte		Kleve
Höhn, Birgitt		Kevelaer
Krystof, David		Goch
Dr. Prior, Helmut		Kleve
Sickelmann, Ute		Emmerich am Rhein
Gorißen, Dietmar		Kleve
Prof. Dr. Klapdor, Ralf		Uedem
Wittenburg, Thomas		Issum
Hayduk, Norbert		Geldern
Heinricks, Michael	bis 18:02 Uhr / TOP 5	Kerken
Habicht, Kai		Kerken

entschuldigt sind

Terkatz, Hans-Hermann		Straelen
Währisch-Große, Elke		Rheurdt
Beckers, Irmgard		Issum
Plotke, Kathrin		Uedem
Vonscheidt, Irene		Kevelaer
Reuter, Tim		Geldern
Severin, Rainer		Kleve

anwesend sind von der Verwaltung

Spreen, Wolfgang
Boxnick, Zandra
Suerick, Wilfried
Reynders, Rudolf
Poschlod-Grause, Sandra
Jansen, Christoph
Keuken, Ruth
Lamers, Monika

als Schriftführerin

Bormann-Ervens, Denise

- - - - -

Vor Eintritt in die Tagesordnung erbittet Landrat Wortmeldungen im Rahmen der Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner. Wortmeldungen ergehen nicht.

Landrat stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt ist, die Einladungsfrist eingehalten und Ort und Zeitpunkt der Sitzung in der vorgeschriebenen Weise bekanntgemacht worden sind.

Landrat stellt weiter fest, dass der Kreistag beschlussfähig ist.

Hinweis auf nachgereichte Unterlagen:

- Ergänzungsvorlage 1126a/WP14 zu TOP 1: Einbringung der Haushaltssatzung des Kreises Kleve für das Haushaltsjahr 2020 mit Haushaltsplan und Anlagen einschließlich des Stellenplans

- Vorschläge der CDU-Kreistagsfraktion, der SPD-Kreistagsfraktion, der FDP-Kreistagsfraktion und der Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu TOP 3: Bildung eines Kreiswahlausschusses für die Kommunalwahl 2020
- Vorschlag der CDU-Kreistagsfraktion sowie Vorschlag der SPD-Kreistagsfraktion zu TOP 4: Vorschläge zur Berufung von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern beim Sozialgericht Duisburg für die Amtszeit vom 01.01.2020 bis 31.12.2024
- Ergänzungsvorlage zu TOP 7: Erlass einer neuen „Satzung zur Aufgabenübertragung gemäß § 51 Abs. 6 Kinderbildungsgesetz und über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung in Tageseinrichtungen für Kinder und in Kindertagespflege“ sowie Finanzierung der Trägeranteile und Investitionskostenförderung

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Auf die Frage des Landrates an die Kreistagsmitglieder, ob sich jemand im Sinne der gesetzlichen Ausschlussgründe zu einem Tagesordnungspunkt oder Beratungsgegenstand für befangen hält, ergeht keine Erklärung.

Landrat weist auf den auf den Tischen ausliegenden Entwurf der Haushaltssatzung hin. Die Kreistagsmitglieder, die sich für die papierlose Variante entschieden haben, haben eine E-Mail mit einem Link erhalten, unter dem sie sich den HH-Plan herunterladen können.

- - - - -

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|----|--|-----------|
| 1. | Einbringung der Haushaltssatzung des Kreises Kleve für das Haushaltsjahr 2020 mit Haushaltsplan und Anlagen einschließlich des Stellenplans | 1126/WP14 |
| 2. | Fortführung des Programms „EFUS“ | 1128/WP14 |
| 3. | Bildung eines Kreiswahlausschusses für die Kommunalwahl 2020 | 1078/WP14 |
| 4. | Vorschläge zur Berufung von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern beim Sozialgericht Duisburg für die Amtszeit vom 01.01.2020 bis 31.12.2024 | 1100/WP14 |
| 5. | Bericht zum Bundesprogramm Ländliche Entwicklung
Gemeinsamer Antrag der CDU-Kreistagsfraktion und der FDP-Kreistagsfraktion vom 09.04.2019 | 1104/WP14 |
| 6. | Kostenloses Trinkwasser für das nächste Courage-Festival
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 09.07.2019, modifiziert mit Antrag vom 02.08.2019 | 1115/WP14 |
| 7. | Erlass einer neuen „Satzung zur Aufgabenübertragung gemäß § 51 Abs. 6 Kinderbildungsgesetz und über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung in Tageseinrichtungen für Kinder und in Kindertagespflege“ sowie Finanzierung der Trägeranteile und Investitionskostenförderung | 1076/WP14 |

- | | | |
|-----|---|-----------|
| 8. | Kastrations- und Kennzeichnungspflicht für freilaufende Katzen
Verordnung zum Schutz freilebender Katzen | 1105/WP14 |
| 9. | Rettungsdienst;
Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2018 und die
Entlastung des Betriebsausschusses für den Rettungsdienst des
Kreises Kleve | 1118/WP14 |
| 10. | Rettungsdienst; Neubau einer Rettungswache in Emmerich am
Rhein | 1121/WP14 |
| 11. | Mitteilungen | |
| 12. | Anfragen | |

Nichtöffentliche Sitzung

- | | | |
|-----|--|-----------|
| 13. | Grundstücksangelegenheiten
Erwerb eines Flurstückes in der Gemarkung Kapellen | 1113/WP14 |
| 14. | Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Kreis Kleve
Vergabe von Verkehrsleistungen im Kreis Kleve ab dem 01.12.2019 | 1108/WP14 |
| 15. | Berichte aus den Beteiligungsgesellschaften des Kreises Kleve | 1116/WP14 |
| 16. | Mitteilungen | 1114/WP14 |
| 17. | Anfragen | |

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1126 /WP14

Einbringung der Haushaltssatzung des Kreises Kleve für das Haushaltsjahr 2020 mit Haushaltsplan und Anlagen einschließlich des Stellenplans

Landrat hält die als Anlage beigefügte Rede zur Einbringung der Haushaltssatzung des Kreises Kleve für das Haushaltsjahr 2020. Es gilt das gesprochene Wort.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Entwurf der Haushaltssatzung des Kreises Kleve für das Haushaltsjahr 2020 mit Haushaltsplan und Anlagen einschließlich des Stellenplanes wird zur Beratung und Vorbereitung des Kreistagsbeschlusses an den Kreisausschuss verwiesen. Soweit Belange der Jugendhilfe berührt werden, ist der Jugendhilfeausschuss zu hören.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1128 /WP14

Fortführung des Programms „EFUS“

Herr Kämmerer hält den in der Anlage beigefügten Vortrag.

KTM Höhn erfragt, ob die Möglichkeit besteht, bereits den Erstkontakt mit einem Hausbesuch zu verbinden, um so die Personen zu erreichen, die als "nicht erschienen" erfasst sind. Es ist davon auszugehen, dass diese Personen einen Bedarf haben und von dem Projekt profitieren würden. Sie bezieht sich auf die noch zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel und erfragt, wie die Ver- ausgabung zukünftig realisiert werden kann.

Landrat weist darauf hin, dass der Verwaltungsvorlage ein Beschlussvorschlag entnommen wer- den kann, der eine Bereitstellung der Mittel bis zum Jahresende 2020 vorsieht. Diesem zu folgen ist Voraussetzung, damit Herr Kämmerer weitere Auszahlungen vornehmen und das Projekt bis Ende 2020 fortführen kann. Er führt aus, dass das Projekt dann nicht zwingend enden muss. Es obliegt dem neuen Kreistag zu entscheiden, ob es zu einer Fortsetzung kommt. Als das Projekt ins Leben gerufen wurde lagen keine Erkenntnisse vor, welche finanzielle Ausstattung benötigt wird. Es zeigt sich, dass der Mittelansatz höher gewählt wurde als der tatsächliche Bedarf ist. Dies liegt u.a. in den vorrangigen Leistungen begründet und darin, dass nicht immer größere Geldbe- träge verausgabt werden müssen, um einer Notlage zu entsprechen. Beispielhaft benennt er ge- brauchte Fahrräder oder eine ehrenamtliche außerplanmäßige Kinderbetreuung.

Herr Kämmerer führt aus, dass in der Regel ein Zeitraum von drei Monaten vergeht, bis eine Per- son als "nicht erschienen" erfasst wird. In diesem Zeitraum erfolgen konsequente Kontaktversu- che und zum Teil auch Hausbesuche, bei denen niemand angetroffen wird. Teilweise kommen die Personen zu einem späteren Zeitpunkt erneut auf das Projekt zu. Wenn dies der Fall ist, wird die Erfassung "nicht erschienen" bei den Personen wieder gelöscht. Er erklärt, das Gebot der Wirt- schaftlichkeit und Sinnhaftigkeit bei der Mittelverwendung zu beachten. Die Summe, die für die Projektumsetzung bereitgestellt wurde, ist sehr hoch.

KTM Palmen möchte wissen, wie groß der Personenkreis ist, der die bislang 500 Anträge auf- nimmt, bearbeitet und sich darum kümmert.

Herr Kämmerer antwortet, dass die Beratungsstelle in Geldern mit zwei Sozialarbei- tern/Sozialarbeiterinnen besetzt ist. Darüber hinaus gibt es den EFUS-Bus, der mit einem Sozial- arbeiter/einer Sozialarbeiterin besetzt ist. In Kleve gibt es zusätzlich noch einen Sozialarbei- ter/eine Sozialarbeiterin sowie eine Verwaltungskraft. Wird ein Coachingauftrag oder ein Clearing- auftrag erteilt, so arbeitet ein Sozialarbeiter/eine Sozialarbeiterin eines Verbandes für das Projekt. Die Beauftragung der Träger erfolgt im jeweiligen Einzelfall, so dass eine konkrete Zahl nicht be- nannt werden kann.

Landrat ergänzt, dass es vor dem Hintergrund der zeitlichen Beschränkung des Projektes nicht sinnvoll erschien, personelle Ressourcen einzustellen. Daher gab es die Überlegung, sich bei Be- darf an Träger zu wenden und diese zu beauftragen.

KTM Prof. Dr. Klapdor sagt, dass zu Beginn des Projektes die Aussage stand, dass explorativ ge- schaut werden soll, welcher Bedarf besteht und was gegebenenfalls dauerhaft umsetzbar ist. Sei- tens der FDP-Kreistagsfraktion wurde das Projekt kritisch gesehen und erschien etwas überdi- mensioniert. Es wird akzeptiert, dass das Projekt und die Projektfinanzierung bis zum Jahresende 2020 fortgeführt werden. Im nächsten Jahr ist jedoch die Frage zu stellen, was verstetigt werden muss und was von Dritten übernommen werden kann. Daher wird sich die FDP-Kreistagsfraktion bei der Beschlussfassung enthalten.

KTM Franken erklärt, dass die SPD-Kreistagsfraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen wird. Man kann mit Fug und Recht festhalten, dass jeder Einzelfall, der Unterstützung über das Projekt erhält, es wert ist, aufgegriffen zu werden. Zweifelsfrei wurde damals ein hoher Mittelansatz bereitgestellt, der sich als ausreichend herausgestellt hat, um auch das Jahr 2020 abzudecken. Im Laufe des kommenden Jahres wird die Frage zu stellen sein, welche Kontinuität über das Jahr 2020 hinaus möglich und erforderlich ist.

KTM Ulrich sagt, dass die bereitgestellten Haushaltsmittel gut angelegt sind. Die CDU-Kreistagsfraktion wird dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 3 Enthaltungen

Beschluss:

Der Verlängerung des Projektes „EFUS“ für Alleinerziehende bis zum 31.12.2020 wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, die nicht verbrauchte Ausgabeermächtigung in einer Höhe von bis zu 1 Mio. Euro im Rahmen des Jahresabschlusses 2019 nach 2020 zu übertragen.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1078 /WP14

Bildung eines Kreiswahlausschusses für die Kommunalwahl 2020

KTM Hayduk äußert seitens der Kreistagsfraktion DIE LINKE. Bedauern, dass die Zahl der Beisitzerinnen und Beisitzer so gering gehalten ist, dass nicht wenigstens alle Fraktionen mit einem Mitglied im Ausschuss vertreten sein können.

Landrat weist auf den Vorschlag der Verwaltung hin, acht Beisitzerinnen und Beisitzer zu wählen. Grundsätzlich ist auch eine andere Anzahl, im Rahmen der gesetzlichen Grundlagen, denkbar. Landrat erfragt, ob es sich bei den Ausführungen von KTM Hayduk um einen Antrag handelt. Dies wird verneint.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Es werden laut einheitlichem Wahlvorschlag gewählt:

	Beisitzer/in	Stellvertreter/in	Fraktion
1.	Ulrich, Ulrike	Seifert, Anna-Kristin	CDU
2.	Mulder, Andy	Schmidt, Gabriele	CDU
3.	von Elverfeldt, Max	Lorenz, Manfred	CDU
4.	Düllings, Paul	Croonenbroek, Hubertina	CDU
5.	Rupp, Thorsten	Engler, Gerd	SPD
6.	Eicker, Sigrid	Killewald, Norbert	SPD
7.	Höhn, Birgitt	Prior, Helmut	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
8.	Meinert, Gabriele	Klapdor, Prof. Dr. Ralf	FDP

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1100 WP14

Vorschläge zur Berufung von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern beim Sozialgericht
Duisburg für die Amtszeit vom 01.01.2020 bis 31.12.2024

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Für die Aufstellung der Vorschlagslisten zur Berufung von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern beim Sozialgericht Duisburg werden folgende Personen benannt:

Lfd. Nr.	Name/Vorname	Straße, Wohnort, Telefon
1	Koppers, Josef	Kranenburgerstraße 102, 47574 Goch Rentner, Dipl. Betriebswirt
2	Helbing, Peter	Eichendorffstraße 4, 47647 Kerken Pensionär, Dipl. Verwaltungswirt

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1104 WP14

Bericht zum Bundesprogramm Ländliche Entwicklung
Gemeinsamer Antrag der CDU-Kreistagsfraktion und der FDP-Kreistagsfraktion vom 09.04.2019

Der Kreistag nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1115 WP14

Kostenloses Trinkwasser für das nächste Courage-Festival
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 09.07.2019, modifiziert mit Antrag vom 02.08.2019

Landrat erläutert, dass es sich bei der Verwaltungsvorlage um einen Zwischenbericht handelt. Der Kreistag nimmt diesen zur Kenntnis.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1076 WP14

Erlass einer neuen „Satzung zur Aufgabenübertragung gemäß § 51 Abs. 6 Kinderbildungsgesetz und über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung in Tageseinrichtungen für Kinder und in Kindertagespflege“ sowie Finanzierung der Trägeranteile und Investitionskostenförderung

Landrat berichtet über den Beratungsverlauf der vorangegangenen Jugendhilfeausschusssitzung sowie der Sitzung des Kreisausschusses. Er gibt die Beschlussempfehlung, soweit diese von dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage 1076c/WP14 abweicht, zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme

Beschluss:

Die „Satzung zur Aufgabenübertragung gemäß § 51 Abs. 6 Kinderbildungsgesetz und über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung in Tageseinrichtungen für Kinder und in Kindertagespflege“ wird entsprechend dem der Ergänzungsvorlage Nr. 1076 c/WP14 als Anlage 1 beigefügten Entwurf mit der Maßgabe beschlossen, dass in den Beitragstabellen der Anlage zu § 6 Absatz 2 in der Stufe der Jahreseinkommen über 100.000 € der Elternbeitrag 500,00 € durch 505,00 € und der Elternbeitrag 540,00 € durch 555,00 € ersetzt wird.

Die Trägeranteile für Elterninitiativen, andere freie Träger und kommunale Träger werden weiterhin vollständig übernommen. Bei kirchlichen Trägern wird die Übernahme der Trägeranteile für die Betreuung der Kinder außerhalb der pastoralen Grundversorgung angestrebt. Die Verwaltung wird beauftragt, die bestehenden Verträge redaktionell anzupassen.

Die Verwaltung wird ermächtigt, zur Erfüllung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab drei Jahren erforderliche Übergangslösungen entsprechend der Trägeranträge mit bis zu 62.500 € bei 25 Plätzen für Kinder ab drei Jahren zu fördern. Die Bindungsfrist beträgt zwei Jahre. Für angemietete Gruppen, die von Gruppenform I oder II in Gruppenform III zur Versorgung der Rechtsanspruchskinder Ü3 umgewandelt werden, übernimmt der Kreis Kleve nachgewiesene Mietaufwendungen in Höhe der gesetzlich geregelten Mietpauschale von bis zu 25 qm Monatsmiete für ein Jahr. Die Bedarfsnotwendigkeit der Umwandlung muss für den Siedlungsschwerpunkt durch die Verwaltung festgestellt werden. Die Förderungen erfolgen im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1105 /WP14

Kastrations- und Kennzeichnungspflicht für freilaufende Katzen
Verordnung zum Schutz freilebender Katzen

KTM Dr. Prior begründet die ablehnende Haltung der Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Die grundsätzliche Sinnhaftigkeit einer solchen Verordnung wird nicht in Frage gestellt, wenn die entsprechenden Voraussetzungen gegeben sind. Es ist sowohl aus tierschutzrechtlicher Sicht als auch mit Blick auf die Rechte der Katzenhalter ein erheblicher Eingriff, für den rechtliche Vorgaben einzuhalten sind. Für das einzurichtende Schutzgebiet ist zu dokumentieren und zu begründen, warum der Erlass der Verordnung erforderlich ist. Dazu können beispielsweise Daten zur Population und Krankheitszahlen herangezogen werden, die der Verwaltungsvorlage nicht zu entnehmen sind. So ist weder die Grundlage für eine informative Entscheidung gegeben, noch sind die gesetzlichen Vorgaben erfüllt.

KTM von Elverfeldt sagt, dass es eindeutig ist, dass es sehr viele freilaufende Katzen gibt. Wenn niemand auf sie achtet, verwildern sie und vermehren sich zunehmend. Dies hat Einfluss auf die Vogelwelt, aber auch auf die Katzen selber, die z.B. unter Erkrankungen leiden. Der Erlass einer Verordnung wird begrüßt. Auch die Bundestierärztekammer und Tasso stehen diesen Verordnungen positiv gegenüber.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die „Verordnung zum Schutz freilebender Katzen im Gebiet des Kreises Kleve“ in der als Anlage beigefügten Fassung.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1118 WP14

Rettungsdienst;

Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2018 und die Entlastung des Betriebsausschusses für den Rettungsdienst des Kreises Kleve

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss 2018 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Rettungsdienst des Kreises Kleve" wird in der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft RTU Euregio, Goch vorgelegten Form festgestellt (Bilanzsumme in Aktiva und Passiva gleichlautend 19.342.735,40 Euro). Der Jahresfehlbetrag von 2.899.171,88 Euro wird in das Wirtschaftsjahr 2019 auf neue Rechnung vorgetragen.
2. Dem Betriebsausschuss wird Entlastung erteilt.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1121 WP14

Rettungsdienst; Neubau einer Rettungswache in Emmerich am Rhein

KTM Sickelmann erfragt, mit Blick auf den Altbaumbestand, ob bereits ein Bebauungsplan erarbeitet wurde. Zudem möchte sie wissen, ob erneuerbare Energien eingeplant sind.

Herr Suerick antwortet, dass es sich um ein Vorhaben nach § 34 Baugesetzbuch handelt, also ohne Bebauungsplan. Die Baumschutzsatzung der Stadt Emmerich am Rhein wird Beachtung finden. Sollte die Fällung von Bäumen erforderlich sein, werden Ersatzpflanzungen erfolgen. Die alte Buche, die im Fokus der öffentlichen Betrachtung steht, wird definitiv erhalten bleiben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Dem Neubau einer Rettungswache in Emmerich am Rhein in Trägerschaft des Kreises Kleve wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Vereinbarungen mit der Kreis Kleve Bauverwaltungsgesellschaft mbH über den Bau der Rettungswache abzuschließen und die Aufträge für die Einrichtung zu erteilen.

Zu Punkt 11 der Tagesordnung:

Mitteilungen

Landrat teilt mit, dass Herr Wittenburg mit Ablauf des 30.09.2019 den Verzicht auf sein Kreistagsmandat erklärt hat. Er bedankt sich im Namen des Kreistages für das gute Miteinander und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute.

Zu Punkt 12 der Tagesordnung:

Anfragen

Es gibt keine Anfragen im öffentlichen Teil der Sitzung.

- - - - -